

Rundmachung.

Zufolge der Beschlüsse des Wiener Gemeinderates vom 27. Juni 1918, Br.-S. 5743, vom 4. September 1917, Br.-S. 8455, und vom 24. Oktober 1917, Br.-S. 9688, sowie auf Grund des mit Allerhöchster Entschließung vom 30. Dezember 1917 genehmigten und im V. Stände des n.-ö. Landesgesetz- und Verordnungsbolates fundgemaachten Beschlusses des n.-ö. Landesausschusses vom 30. Oktober 1917, dessen Wirkungstidt mit der im 33. Stände des Landesgesetz- und Verordnungsbolates fundgemaachten Allerhöchsten Entschließung vom 6. Juli 1918 auf das Verwaltungsjahr 1918/19 ertheilt wurde, werden für dieses Verwaltungsjahr, d. h. für die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919 zur Deckung der Gemeindebedürfnisse im Sinne des § 59, lit. I, des Gemeindestatutes für Wien vom 24. März 1900, L.-G. u. B.-L. Nr. 17, und der Landesgesetze vom 28. Dezember 1904, L.-G. u. B.-L. Nr. 1 ex 1905, sowie vom 6. Juli 1910, L.-G. u. B.-L. Nr. 170, nachstehende Gemeindeumlagen und -abgaben eingehoben:

1. Dreißig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen Grundsteuer.

2. Fünfundzwanzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen Haushaltsteuer und Haushaltsteuer.

Diese Umlage trifft alle der Haushaltsteuer und Haushaltsteuer unterliegenden Gebäude, dann die von der Haushaltsteuer zeitlich betreuten Gebäude mit Ausnahme jener, welche nach den n.-ö. Landesgesetzen vom 10. Jänner 1883, L.-G.-B.L. Nr. 32, und vom 5. April 1893, L.-G.-B.L. Nr. 16, die Befreiung von den nach Abgabe der landesfürstlichen Steuern entfallenden Gemeindeumlagen gestehen.

3. Dreißig Heller zur 5½jährigen Steuer vom Anteitragte der von der Haushaltsteuer betreuten Gebäude, welchen nach den Landesgesetzen vom 10. Jänner 1883, L.-G.-B.L. Nr. 32, und vom 5. April 1893, L.-G.-B.L. Nr. 16, auch die Befreiung von den Gemeindeumlagen nach Abgabe der landesfürstlichen Haushaltsteuer kommt.

4. Vierzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen allgemeinen Erwerbsteuer der I. Klasse.

5. Vierunddreißig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen allgemeinen Erwerbsteuer der II. Klasse.

6. Zwanzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen allgemeinen Erwerbsteuer der III. und IV. Klasse.

7. Vierzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen Erwerbsteuer vor den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen.

8. Zweiunddreißig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen (nicht im Abzugsweg eingehobenen) Rentensteuer.

9. Achtundzwanzig Heller von jeder Krone der landesfürstlichen zusätzlichen Pflichtigen Besoldungssteuer von höheren Dienstbezügen.

10. Der höchste Zuschlag zur landesfürstlichen Versicherungssteuer, und zwar:

- im Ausmaße von **dreißig Prozent** für sämtliche Artikel des Verzehrungssteuer-Tarifes mit Ausnahme des Bieres im geschlossenen Verzehrungssteuergebiete;
- im Ausmaße von **hundert Prozent** für Bier im geschlossenen Verzehrungssteuergebiete, auf Grund des Landesgesetzes vom 19. Dezember 1891, L.-G.-B.L. Nr. 58;
- im Ausmaße von **dreißig Prozent** der außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes eingehobenen staatlichen Verzehrungssteuer.

11. Die kommunale Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten im Ausmaße von **fünfzig Hellen pro Hektolitergrad für die mit dem Alkoholometer meßbaren, von **siebenundzwanzig** und **fünfzig Hellen** pro Hektoliter für die mit dem Alkoholometer nicht meßbaren geistigen Flüssigkeiten und von **fünfunddreißig Kronen** pro Hektoliter für alkoholische Getränke im geschlossenen Verzehrungssteuergebiete.**

12. Die Gemeindebevölkerungssteuer im Ausmaße von zwei Kronen für den Hektoliter Bier in den außerhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegenen Gebietsteilen von Wien auf Grund der Landesgesetze vom 27. Dezember 1909, L.-G.-B.L. Nr. 1 ex 1910, und vom 13. Juni 1912, L.-G.-B.L. Nr. 105.

13. Achteinhalb (8½) Heller von jeder Krone des Mietzinses als Umlage für allgemeine Gemeindezwecke (3%, Heller) und als Umlage für Volksschulzwecke (4½, Heller).

Die unter 13 angeführte Umlage ist von sämtlichen, sofern nicht betreuten Mietparteien und von den Hauseigentümern bezüglich der von ihnen selbst benötigten Volksstätten nach Abgabe des richtungsfähigen Einschreibebuches zu bezahlen.

Auf Grund der Regierung-Berörzung vom 14. Oktober 1785 haben die Haushaltshaber (Administratoren, Sequeuren) diese Umlage (13) von den Wohnungsparteien bei eigener Haltung einzuhaben und neben ihren eigenen Abgaben an die habsburgischen Steuerstellen abzuführen. Diese Wohnungsparteien, welche die Entrichtung der Mietzinsumlage vermeiden, sind dem magistratischen Bezirkamt, und zwar längstens binnen vier Wochen nach dem Einzahlungstermin der betreffenden Partei, zur weiteren Beführung anzugeben.

14. Ein Hektoliter (1/4) Heller von jeder Krone des Mietzinses als Militäreinquartierungsbetrag, welcher von jedem zur Trockenung der Militärbausseräume verpflichteten Hausesinhaber zu leisten ist.

15. Die Vorhannsumlage im Betrage von **dreißig (30) Hellen für jedes vorhannfliegende Jahr.**

16. Die Gemeindeauslage auf den Beich von Hundem im Jahresbetrag von **zwanzig Kronen für jeden Hund.**

Die Gemeindeumlagen zu den direkten Steuern sind gleichzeitig mit jeder Steuer, auf welche sie umgelegt sind, in den nachstehenden Terminen fällig und einzuzahlen:

- die Gemeindeumlagen zur allgemeinen Erwerbsteuer und zur Gewerbesteuer, sowie von der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen vierteljährig am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober;
- jene zur Grundsteuer und Haushaltsteuer, ferner vor 5½ Tagen Steuer vom Anteitragte haushaltsteuerfreier Gebäude, sowie die Mietzinsumlagen vierteljährig am 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November;
- die Gemeindeumlage zur Rentensteuer, sofern dieselbe dem Steuerpflichtigen unmittelbar vorzufüreihen ist, halbjährig am 1. Jänner und 1. Dezember;
- die Gemeindeumlage zur Besoldungssteuer, sofern sie vom Steuerpflichtigen unmittelbar einzuzahlen ist, halbjährig am 1. Jänner und 1. Dezember, sonst von dem zum Abzug und zur Abfuhr Verpflichteten binnen 14 Tagen nach Schluß eines jeden Monates; sofern aber für bestimmte Fälle andere Abfahrtstermine im Verordnungsweg festgesetzt, beziehungsweise geworden seien sollten, in diesen Terminen.

Werden die Gemeindeumlagen zu den direkten Steuern oder die Mietzinsumlagen nicht spätestens 14 Tage nach dem angebauten Einzahlungstermin entrichtet, so tritt auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 11. Jänner 1893, S. 10, 234, im Sinne des Landesgesetzes vom 6. Juli 1877, L.-G.-B.L. Nr. 18, infolge der Gesamtkündigung der den Steuerumlagen zugrunde liegenden ordentlichen Steuergebühr, oder bei Mietzinsumlagen die Gesamtkündigung der ordentlichen Steuergebühr von der Haushaltsteuer des der Mietzinsumlage zugrunde liegenden Mietzinsvertrags für das ganze Jahr 100 K übersteigt, die Verpflichtung zur Zahlung von Vergütungszinsen ein, welche für je 100 K und jeden Tag mit $1\frac{1}{2}$ Heller von dem nach Ablauf der vierzehntägigen Frist nächstfolgenden Tage bis zur Abstiftung der Sanktigkeit zu berechnen und mit dieser einzuhalten sind.

* Weilige Mietzinsen sind für die laufenden Jahre beständiges Geschäftsgut. Da Gewerbedecker, in deren Sphäre solche Geschäftsgüter enthalten, haben an das maßgebliche Gewerbe die leidende Kapazität zu übertragen, um die Wirkung des aufzuhaltenden Vermögens zu erhalten.

Die Weilige Kapazität hat nun den leidenden Mietzinsanteil unterteilt, auf den Regel bei Weiliger Kapazität und auf den übrigen Mietzinsanteil, der auf die Weilige Kapazität nicht mehr ankommt.

Die Weilige Kapazität kann nun den leidenden Mietzinsanteil unterteilt, auf den Regel bei Weiliger Kapazität und auf den übrigen Mietzinsanteil, der auf die Weilige Kapazität nicht mehr ankommt.

Der Weilige Kapazität beläßt eben, falls er die Weilige Kapazität im Laufe der

... am 1. Jänner des folgenden Jahres ... in welches Jahren keine Haub- und Schafsteuer entfallen.“ „Fach, Sozial und sonstige leidende spezielle Steuerung für beide Haub- und Schafsteuer.“ „Werden am 1. Jänner des folgenden Jahres keine Haub- und Schafsteuer entfallen.“ „Weilige Kapazität kann in diesem vorerwähnten Maße die Haub- und Schafsteuer entfallen haben.“ „Der Unternehmer bestätigt hiermit, daß er die Weilige Kapazität im Laufe des“ „... am 1. Jänner des folgenden Jahres ... in welches Jahren keine Haub- und Schafsteuer entfallen.“ „Weilige Kapazität bestätigt hiermit, daß er die Weilige Kapazität im Laufe des“ „... am 1. Jänner des folgenden Jahres ... in welches Jahren keine Haub- und Schafsteuer entfallen.“ „... am 1. Jänner des folgenden Jahres ... in welches Jahren keine Haub- und Schafsteuer entfallen.“

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien (im selbstdändigen Wirkungskreise)

am 20. Juli 1918.